Beschluss WP6.1. Polizei im Land besser ausstatten.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	05.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP6. Wir schützen die Bürgerrechte!

Text

Eine personell, fachlich und materiell gut ausgestattete Landespolizei garantiert den Bürger:innen dieses Landes die ihnen zustehenden Rechte und festigt damit unseren demokratischen Rechtsstaat. Wir wollen eine bürgernahe und bürgerfreundliche Polizei, die sowohl im analogen als auch im digitalen Raum ansprechbar und erreichbar ist, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Wir wollen präventive Angebote überall intensivieren, damit Kriminalität gar nicht erst entstehen kann.

Das hohe Durchschnittsalter und eine andauernd starke Überlastung führen weiterhin zu einem hohen Krankenstand bei den Beamt:innen. Trotz der Kehrtwende der Landesregierung bei den Einstellungszahlen stagniert die Anzahl der aktiven Polizeibeamt:innen aufgrund der vielen Altersabgänge.

In den vergangenen Jahren wurden mehrfach Verbindungen von Polizisten in die rechtsextreme Szene, unter anderem zur Preppergruppe "Nordkreuz", aufgedeckt. Einen von ihnen verurteilte das Landgericht Schwerin u.a. wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Bewährungsstrafe. Die Landespolizei muss unsere demokratischen Errungenschaften sowohl nach außen, aber auch nach innen konsequent verteidigen. Wir wollen eine Polizei frei von Diskriminierung, Rassismus und rechtsextremen Einstellungen.

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik, PKS, ist vorrangig ein Arbeitsnachweis der Polizei, der nur das kriminologische Hellfeld betrachtet. Ihre Zahlen lassen sich ohne wissenschaftliche Einordnung weder zwischen verschiedenen Delikten, noch über die Jahre seriös vergleichen. Hinzukommt, dass sie kaum Rückschlüsse auf die Motivation zulassen, weil politische Gewalttaten entweder in den Dienststellen nach unterschiedlichen Kategorien „einsortiert“ werden oder aber Gewalt gegen einzelne Bevölkerungsgruppen, wie z.B. LSBTIQ, Frauen und Mädchen, Religionsgemeinschaften oder aufgrund ethnischer Herkunft gar nicht erfasst wird.

Für eine bürgernahe Polizei wollen wir:

- eine Reform der Aus- und Fortbildung der Landespolizei, die eine Spezialisierung auf Schutz- oder Kriminalpolizei ermöglicht und einen höheren Anteil an politischer Bildung vorsieht.
- die zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche Ausstattung für Polizeibeamt:innen.
- ein:n unabhängige:n Polizeibeauftragte:n, an die sich nicht nur Polizeibeamt:innen, sondern auch alle Bürger:innen mit Hinweisen und Beschwerden wenden können.
- eine wissenschaftliche Längsschnittstudie, die, als Reaktion auf rechtsextremistische Vorkommnisse bei der Landespolizei, Motivationsveränderungen bei den Beamt:innen untersucht.
- ausreichend Neueinstellungen, um mindestens die Altersabgänge auszugleichen
- einen periodischen Sicherheitsbericht, der die PKS unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft allgemeinverständlich ergänzt.
- eine landesweit einheitliche Erfassung von gruppenbezogener Hasskriminalität, etwa gegen LSBTIQ, Religionsgemeinschaften, Frauen und Mädchen oder auf Grund ethnischer Herkunft in der PKS.